

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Umwelt und Energie
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

16. Mai 2017
1 von 2

zur **11.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie lade ich ein
für

**Dienstag, 23. Mai 2017, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Bericht über den Umsetzungsstand Niedertemperatur-Nahwärmenetz
Am Feldlager**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Februar 2017
Bericht des Magistrats
- 101.18.452 -
- 2. Energiebericht städtische Gebäude**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Februar 2017
Bericht des Magistrats
- 101.18.462 -
- 3. Stadtluftuhr als Stickstoffdioxid-Anzeiger in Kassel**
Antrag der SPD-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Harry Völler
- 101.18.468 -
- 4. Mieterstrom-Modelle vorbereiten**
Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Volker Berkhout
- 101.18.504 -

5. Fördermittel zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge

2 von 2

Anfrage der Fraktion Freie Wähler + Piraten

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Volker Berkhout

- 101.18.505 -

6. Luftreinhaltung durch Autogas- und Erdgasfahrzeuge

Anfrage der Fraktion Freie Wähler + Piraten

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Volker Berkhout

- 101.18.506 -

7. Phosphorrückgewinnung

Anfrage der Fraktion Freie Wähler + Piraten

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Volker Berkhout

- 101.18.507 -

8. Identifikationssystem für Abfallbehälter aufgeben

Antrag der CDU-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

- 101.18.544 -

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eva Koch

Vorsitzende

Niederschrift
über die 11. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Energie
am **Dienstag, 23. Mai 2017, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

7. Juni 2017
1 von 7

Anwesende:

Mitglieder

Eva Koch, Vorsitzende, B90/Grüne
Oliver Schmolinski, 1. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Stefan Kortmann, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD
Johannes Gerken, Mitglied, SPD (Vertretung für Helene Freund)
Harry Völler, Mitglied, SPD
Valentino Lipardi, Mitglied, CDU
Brigitte Thiel, Mitglied, CDU
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne
Sven René Dreyer, Mitglied, AfD
Ilker Sengül, Mitglied, Kasseler Linke - ab 17:10 Uhr (TOP 1)
Volker Berkhout, Mitglied, Piraten

Teilnehmer mit beratender Stimme

Metin Öztürk, Vertreter des Ausländerbeirates
Elisabeth Kraft, Vertreterin des Seniorenbeirates
Mark Willich, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat

Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung

Cenk Yildiz, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Dr. Anja Starick, Umwelt- und Gartenamt
Peter Wüstemann, Umwelt- und Gartenamt
Axel Jäger, Hochbau und Gebäudebewirtschaftung
Bettina Kremer, Hochbau und Gebäudebewirtschaftung
Dr. Georg Förster, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt

Tagesordnung:

- 1. Bericht über den Umsetzungsstand Niedertemperatur-Nahwärmenetz**
Am Feldlager 101.18.452
- 2. Energiebericht städtische Gebäude** 101.18.462

3. Stadtluftuhr als Stickstoffdioxid-Anzeiger in Kassel	101.18.468	2 von 7
4. Mieterstrom-Modelle vorbereiten	101.18.504	
5. Fördermittel zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	101.18.505	
6. Luftreinhaltung durch Autogas- und Erdgasfahrzeuge	101.18.506	
7. Phosphorrückgewinnung	101.18.507	
8. Identifikationssystem für Abfallbehälter aufgeben	101.18.544	

Vorsitzende Koch eröffnet die mit der Einladung vom 16. Mai 2017 ordnungsgemäß einberufene 11. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzende Koch teilt mit, dass Tagesordnungspunkt

3. **Stadtluftuhr als Stickstoffdioxid-Anzeiger in Kassel**

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.18.468 -

von der Antrag stellenden Fraktion mit Schreiben vom 17. Mai 2017 zurückgezogen wurde und daher heute von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Stadtverordnete Hesse, Fraktion B90/Grüne, beantragt Tagesordnungspunkt

8. **Identifikationssystem für Abfallbehälter aufgeben**

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.18.544 -

in die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie zu schieben und von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da noch Beratungsdarf besteht. Dagegen besteht kein Widerspruch.

Vorsitzende Koch stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. **Bericht über den Umsetzungsstand Niedertemperatur-Nahwärmenetz**

Am Feldlager

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Februar 2017

Bericht des Magistrats

- 101.18.452 -

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, über den Stand der Umsetzung des Niedertemperatur-Nahwärmenetzes im Neubaugebiet Am Feldlager zu berichten.

Stadtbaurat Nolda informiert über den Stand der Umsetzung des Niedertemperatur-Nahwärmenetzes im Neubaugebiet Am Feldlager und sagt eine schriftliche Berichterstattung mit der Niederschrift zu. Im Anschluss an den Bericht beantwortet er die zahlreichen Fragen der Ausschussmitglieder.

3 von 7

Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

2. Energiebericht städtische Gebäude

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Februar 2017

Bericht des Magistrats

- 101.18.462 -

Beschluss

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Unterausschusses den Energiebericht für die städtischen Gebäude vorzustellen.

Stadtbaurat Nolda führt in das Thema ein und übergibt anschließend das Wort an Frau Kremer, Hochbau und Gebäudebewirtschaftung. Frau Kremer stellt anhand einer PowerPoint Präsentation den Energiebericht für die städtischen Gebäuden vor. Die Präsentation wird der Niederschrift angehängt. Anschließend beantworten Stadtbaurat Nolda und Frau Kremer die zahlreichen Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

3. Stadtluftuhr als Stickstoffdioxid-Anzeiger in Kassel

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.18.468 -

Abgesetzt

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion mit Schreiben vom 17. Mai 2017 zurückgezogen.

4. Mieterstrom-Modelle vorbereiten

Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten

- 101.18.504 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit der GWG ein Konzept zur Umsetzung von Mieterstrommodellen im Wohnungsbestand zu erarbeiten. Dazu sollen die gesetzlichen Neuregelungen, die die Bundesregierung angekündigt hat, frühzeitig bewertet und einbezogen werden. Die Teilnahme an der Konzepterstellung und die Nutzung des Konzepts soll für weitere Wohnungsgesellschaften möglich sein.

Stadtverordneter Berkhout, Fraktion Freie Wähler + Piraten, begründet den Antrag seiner Fraktion. Den Ausschussmitgliedern liegt als Tischvorlage ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst vor, der von Stadtverordneten Völler, SPD-Fraktion, eingebracht und begründet wird. Der gemeinsame Änderungsantrag wird von Stadtverordneten Berkhout übernommen und er ändert den Antrag seiner Fraktion wie folgt ab.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit der GWG **zu prüfen, inwieweit eine** Umsetzung von Mieterstrommodellen im Wohnungsbestand **möglich ist**. Dazu sollen die gesetzlichen Neuregelungen, die die Bundesregierung angekündigt hat, frühzeitig bewertet und einbezogen werden. **Geklärt werden soll auch, welche Positionen weitere Wohnungsgesellschaften zu diesem Mieterstrommodell einnehmen. Die Ergebnisse sollen bis Ende 2017 im Ausschuss für Umwelt und Energie vorgestellt werden.**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten betr. Mieterstrom-Modelle vorbereiten, 101.18.504, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Völler

5. Fördermittel zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge

Anfrage der Fraktion Freie Wähler + Piraten

- 101.18.505 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Hat sich die Stadt Kassel oder haben sich Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist um Fördermittel gemäß der Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland beworben?
2. Falls ja, wofür wurden die Mittel beantragt und in welcher Höhe?
3. Wie ist der aktuelle Status der Bewerbung?
4. Falls nein, beabsichtigen die Stadt Kassel oder Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, sich um Mittel aus dem Förderprogramm zu bewerben?
5. Für wann ist eine Antragsstellung geplant?
6. Welche weiteren laufenden Arbeiten zum Ausbau der Elektromobilität gibt es in Kassel?

Die Anfrage wird von Stadtverordneten Berkhout, Fraktion Freie Wähler + Piraten, begründet. Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage und sagt eine schriftliche Antwort mit der Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzende Koch die Anfrage für erledigt.

6. Luftreinhaltung durch Autogas- und Erdgasfahrzeuge

Anfrage der Fraktion Freie Wähler + Piraten

- 101.18.506 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie beurteilt der Magistrat die Emissionen von LPG- und CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Benzin- und Diesel?
2. Welchen Beitrag leisten LPG- und CNG-Fahrzeuge zur Luftreinhaltung in Kassel?
3. Wie beurteilt der Magistrat die Emissionen von LPG- und CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Elektrofahrzeugen?
4. Wie beurteilt der Magistrat die Investitionskosten von LPG- und CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Elektrofahrzeugen?

5. Wie beurteilt der Magistrat den Anteil der regionale Wertschöpfung bei CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Diesel- oder Benzinern? 6 von 7
6. Wie viele LPG- und CNG-Fahrzeuge sind bei der Stadt im Einsatz?
7. Welche Erfahrungen hat die Stadt mit LPG- und CNG-Fahrzeugen gemacht?
8. Welche Rolle spielt die Treibstoffart bei der Beschaffung von Fahrzeugen?
9. Wann wurde zum letzten Mal ein CNG- oder LPG-Fahrzeug beschafft?
10. Führt eine voraussichtliche Verlängerung der Energiesteuermäßigung durch das Energie- und des Stromsteuergesetzes zu einer Neubewertung von CNG-Fahrzeugen für das Beschaffungsverhaltens der Stadt?

Stadtverordneter Berkhout, Fraktion Freie Wähler + Piraten, begründet die Anfrage. Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder. Er sagt eine schriftliche Antwort mit der Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzende Koch die Anfrage für erledigt.

7. Phosphorrückgewinnung

Anfrage der Fraktion Freie Wähler + Piraten
- 101.18.507 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche technischen Maßnahmen werden bei KasselWasser zur Rückgewinnung des Phosphors aus Abwässern und Klärschlamm eingesetzt?
2. Ergeben sich aus der Neuordnung der Klärschlammverwertung und der Verpflichtung zur Phosphorrückgewinnung Handlungsbedarfe für KasselWasser?
3. Falls ja, welche?
4. Sind dafür Investitionen in neue technische Anlagen erforderlich?
5. Falls ja, in welcher Größenordnung?

Stadtverordneter Berkhout, Fraktion Freie Wähler + Piraten, begründet die Anfrage seiner Fraktion. Die Anfrage und die Nachfragen der Ausschussmitglieder werden von Stadtbaurat Nolda beantwortet. Er sagt eine schriftliche Antwort mit der Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzende Koch die Anfrage für erledigt.

8. Identifikationssystem für Abfallbehälter aufgeben
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.544 -

7 von 7

Abgesetzt

Ende der Sitzung: 18:37 Uhr

Eva Koch
Vorsitzende

Cenk Yildiz
Schriftführer

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

20. Februar 2017
1 von 1

**Bericht über den Umsetzungsstand Niedertemperatur-Nahwärmenetz
Am Feldlager**

Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten
- 101.18.452 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über den Stand der Umsetzung des
Niedertemperatur-Nahwärmenetzes im Neubaugebiet Am Feldlager zu
berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten betr. Bericht über den
Umsetzungsstand Niedertemperatur-Nahwärmenetz
Am Feldlager, 101.18.452, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin

Anlage zu TOP 1

Dehmer, Markus

Von: Nolda, Christof
Gesendet: Freitag, 2. Juni 2017 09:27
An: Dehmer, Markus
Betreff: Umweltausschuss Feldlager



Das Projekt „Kalte Nahwärme mit Geothermie“, das in enger Zusammenarbeit mit den Partnern

- Fraunhofer IBP
- Kassel University (FG Geotechnik)
- Städtische Werke AG Kassel
- und der Stadt Kassel

- entwickelt wird, ist in einem kritischen Projektstand.

Die Erkundungsbohrungen konnten wg. komplizierten Genehmigungsverfahren noch nicht und damit nicht termingerecht eingebracht werden. Unterschiedliche Aspekte lassen eine wirtschaftliche Umsetzung nicht möglich erscheinen.

Aus diesen Gründen sind die Städtischen Werke aufgefordert, eine alternative Lösung einer Nahwärmeversorgung für das Baugebiet zu erarbeiten, die ökologischen Standards entspricht, wirtschaftlich konkurrenzfähig ist und im Terminplan umzusetzen ist.

Christof Nolda

Stadtrat
Stadt Kassel
Dezernat VI - Verkehr, Umwelt, Stadtentwicklung und Bauen
34112 Kassel
Tel.: 0561 / 787-1280
Fax: 0561 / 787-2216
E-Mail: Christof.Nolda@kassel.de oder
dezernat6@kassel.de

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

20. Februar 2017
1 von 1

Energiebericht städtische Gebäude

Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.18.462 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Umweltausschusses den Energiebericht für die städtischen Gebäude vorzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Energiebericht städtische Gebäude, 101.18.462, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin

Energiebericht der städtischen Gebäude

2016

Dezernat -VI-

Verkehr, Umwelt, Stadtentwicklung und Bauen

Hochbau und Gebäudebewirtschaftung

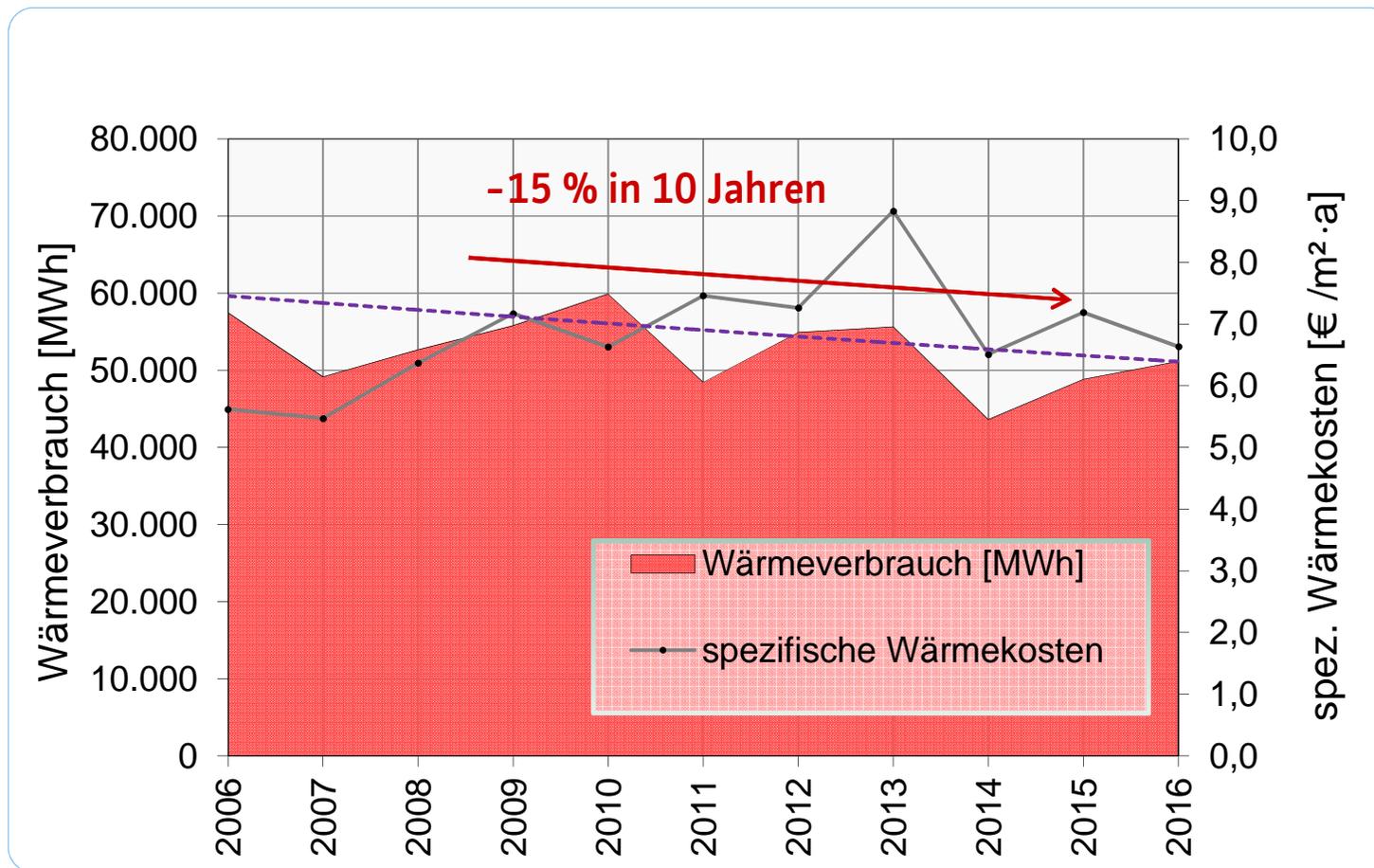
B. Kremer, Dr. M. Hellmann

INHALT

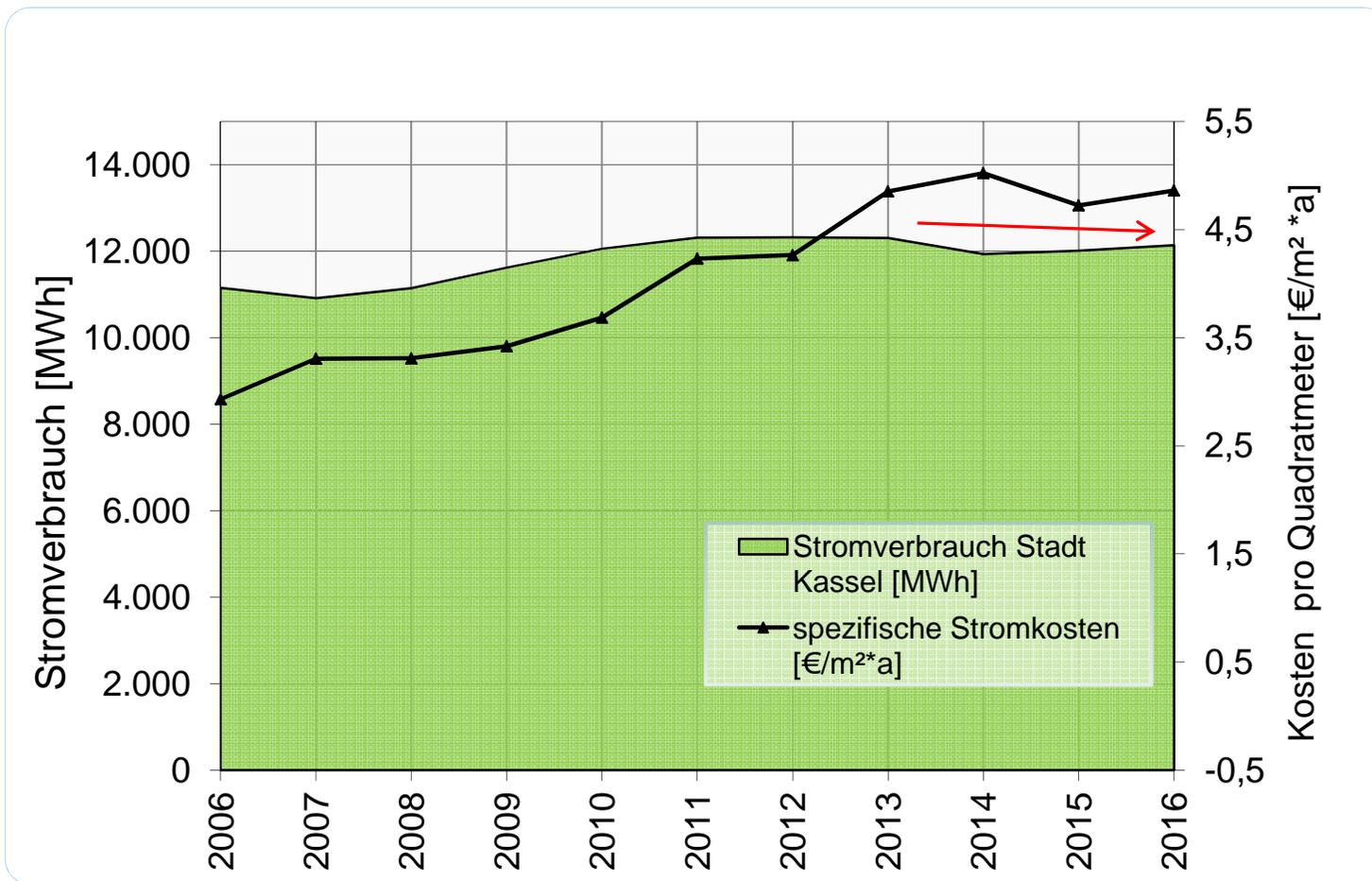
- aktuelle Entwicklung Energieverbrauch und Energiekosten
- Energiekennwerte, Maßnahmen und Entwicklung des Gebäudebestandes
- Energetische Sanierungsmaßnahmen
- Ausblick: geplante Maßnahmen

Energieverbrauchs- und Kostenentwicklung

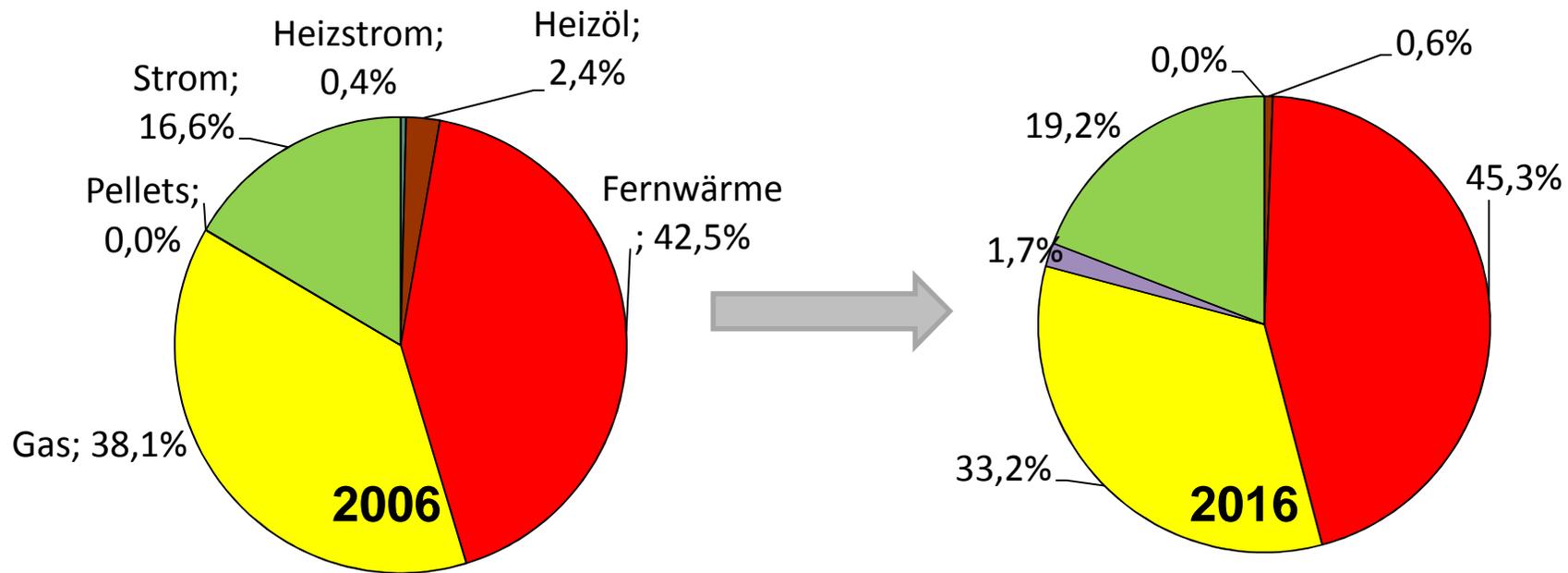
Entwicklung des Wärmeverbrauches



Entwicklung des Stromverbrauchs



Energiemix - Anteil der Energieträger am Verbrauch

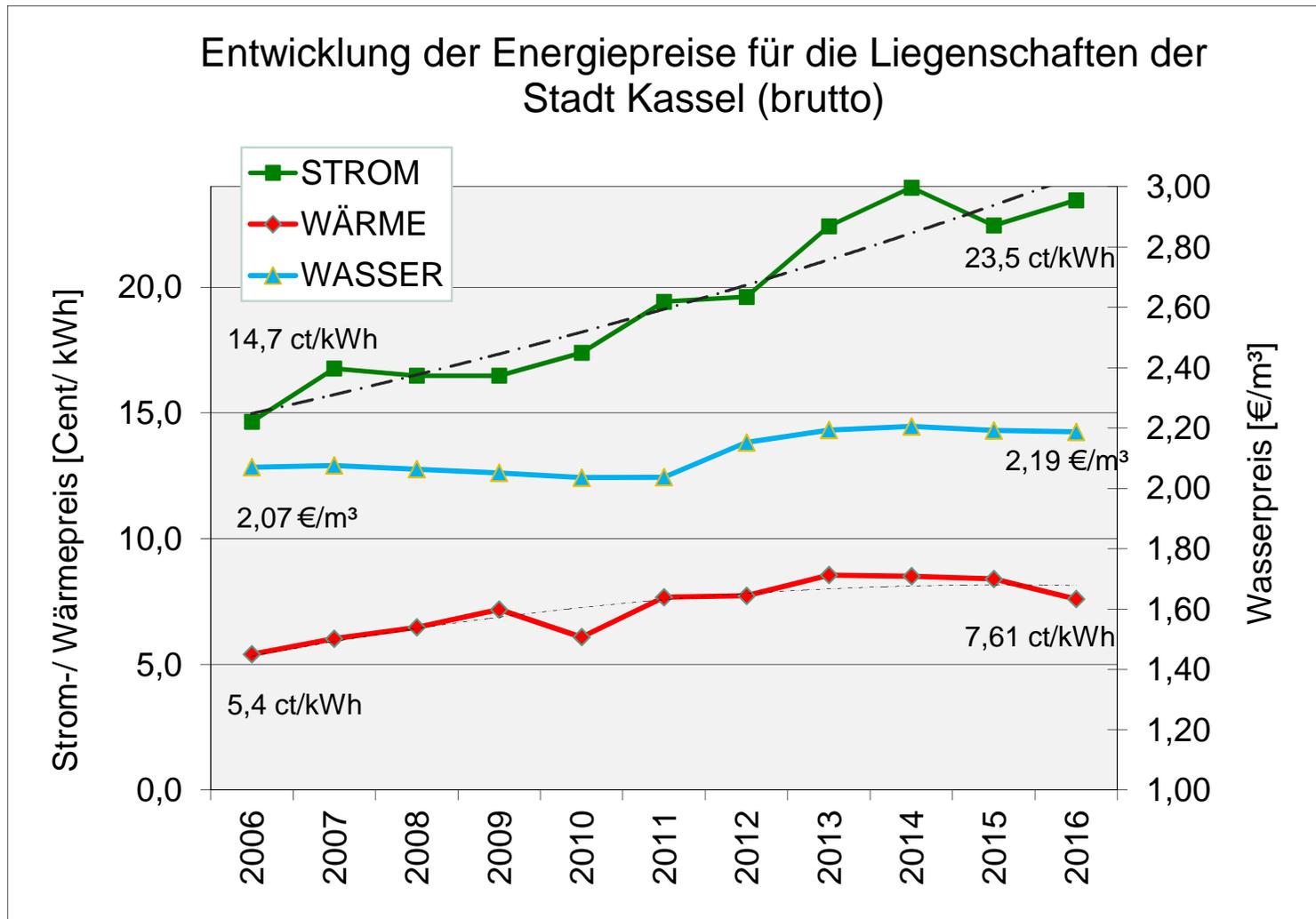


Kostenanteile

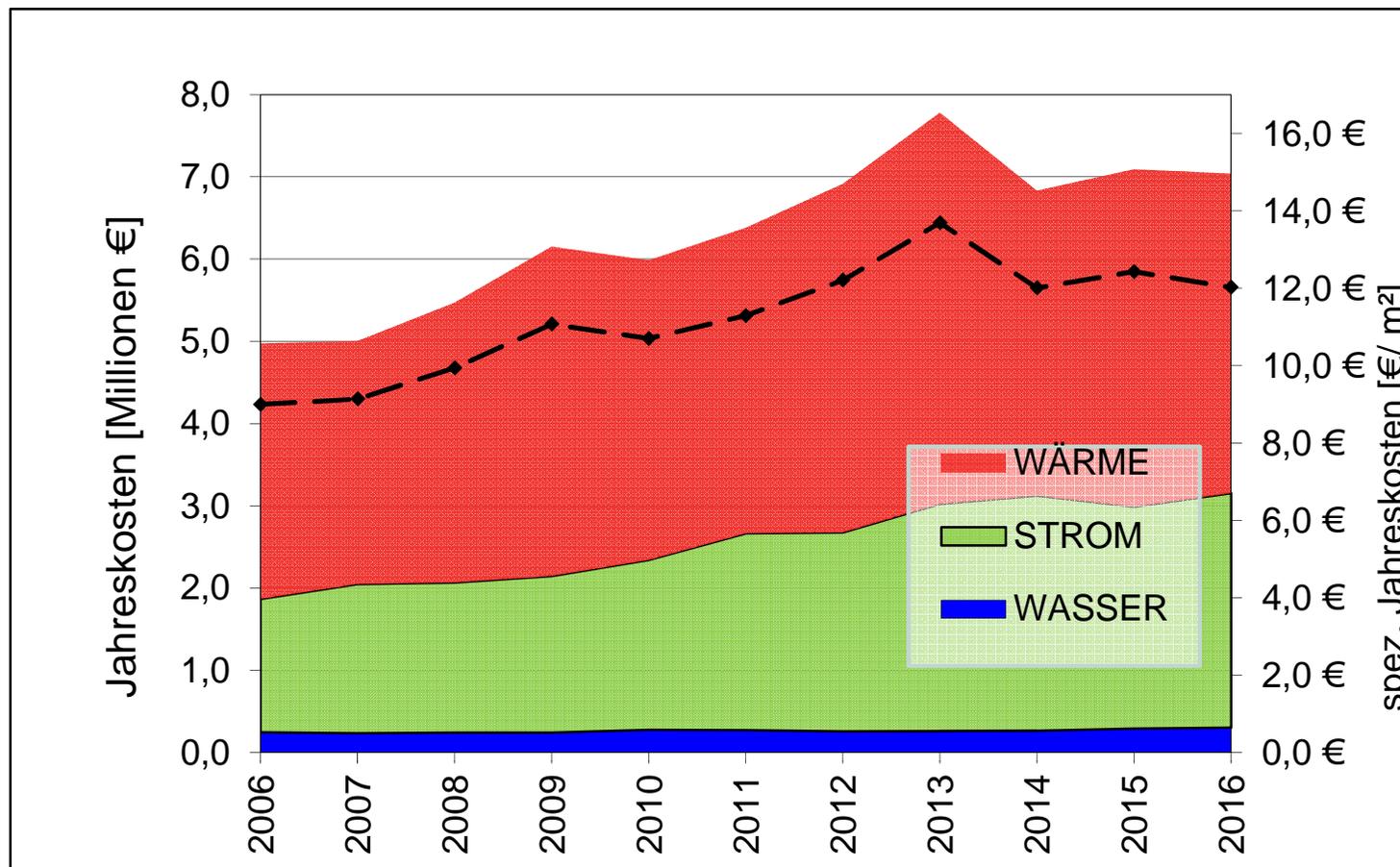
Strom: 34 %
Wärme: 66 %

Kostenanteile

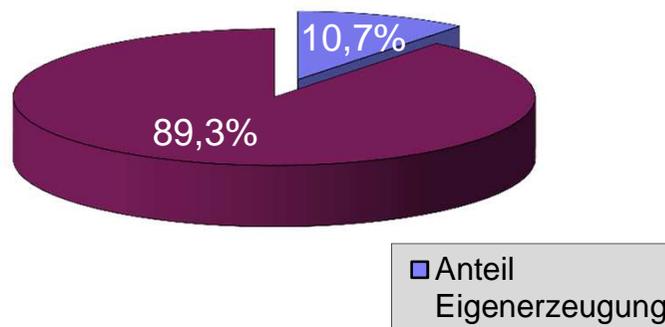
Strom: 42 %
Wärme: 58 %



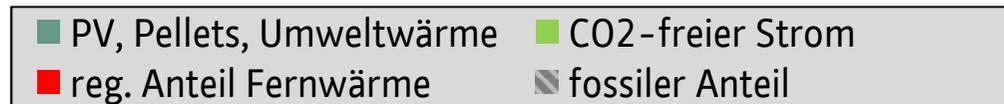
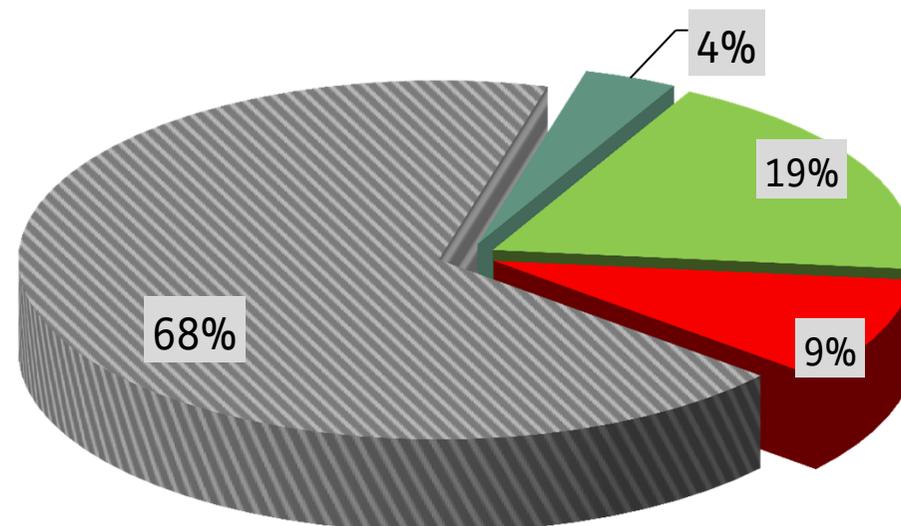
Entwicklung der Energiekosten für die Gebäude der Stadt insgesamt



Eigenerzeugung von **Strom** in/auf städtischen Gebäuden 2016 (PV-Anlagen und BHKWs)



erneuerbarer Anteil an der Energieversorgung 2016



Energiekennwerte, Maßnahmen und Entwicklung des Gebäudebestandes

Energiekennwerte für Gebäude

- ...Beim Energiemanagement wird mit Kennwerten nach VDI 3807 gearbeitet. Dabei wird der Energieverbrauch auf die die Bruttogesamtfläche (BGF) der Gebäude bezogen.
- ...Durch Vergleich der Gebäude gleicher Art und gleicher Nutzung stellen die Kennwerte ein wichtiges Hilfsmittel bei der Bewirtschaftung großer Gebäudebestände dar.
- Für jedes Gebäude werden Jahresenergieberichte erstellt, außerdem erfolgt ein „Ranking“ innerhalb der Gebäudegruppen, um Ausreißer und Auffälligkeiten schnell zu erkennen.

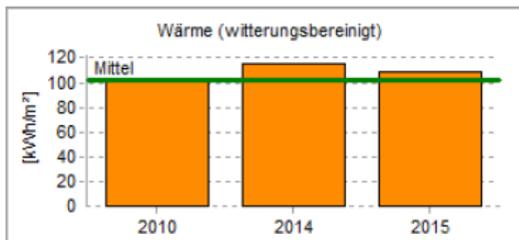
- Im Folgenden ist für 3 größere Gebäudegruppen die Auswertung der Kennwerte dargestellt

Jahresenergiebericht für 2015

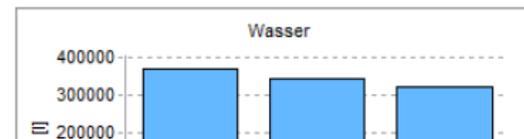
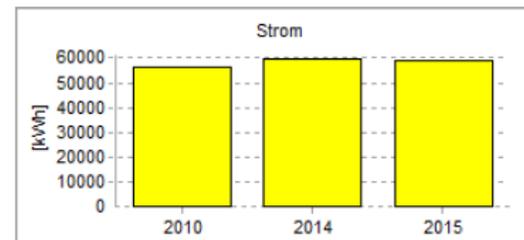
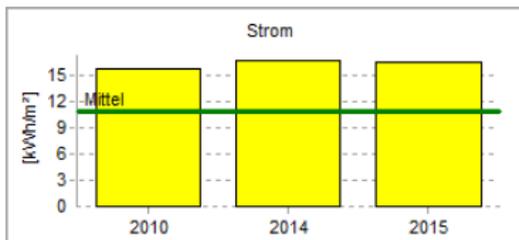
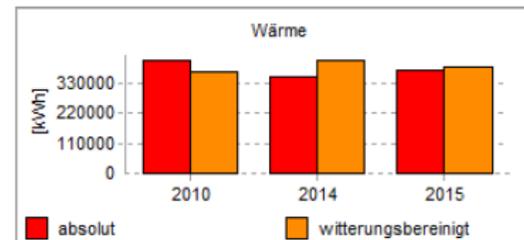
0495 GAZ (Süd) ohne Kita+MZH

	Bezugsjahr 2010	Vorjahr 2014	Jahr 2015	Trend der 3 Jahre
Wärmekosten	28.777 €	29.804 €	31.702 €	+5,3 %
Stromkosten	11.269 €	14.305 €	13.270 €	+2,5 %
Wasserkosten	745 €	760 €	715 €	-3,4 %
Gesamtkosten	40.791 €	44.869 €	45.687 €	+4,4 %

Kennwertvergleich



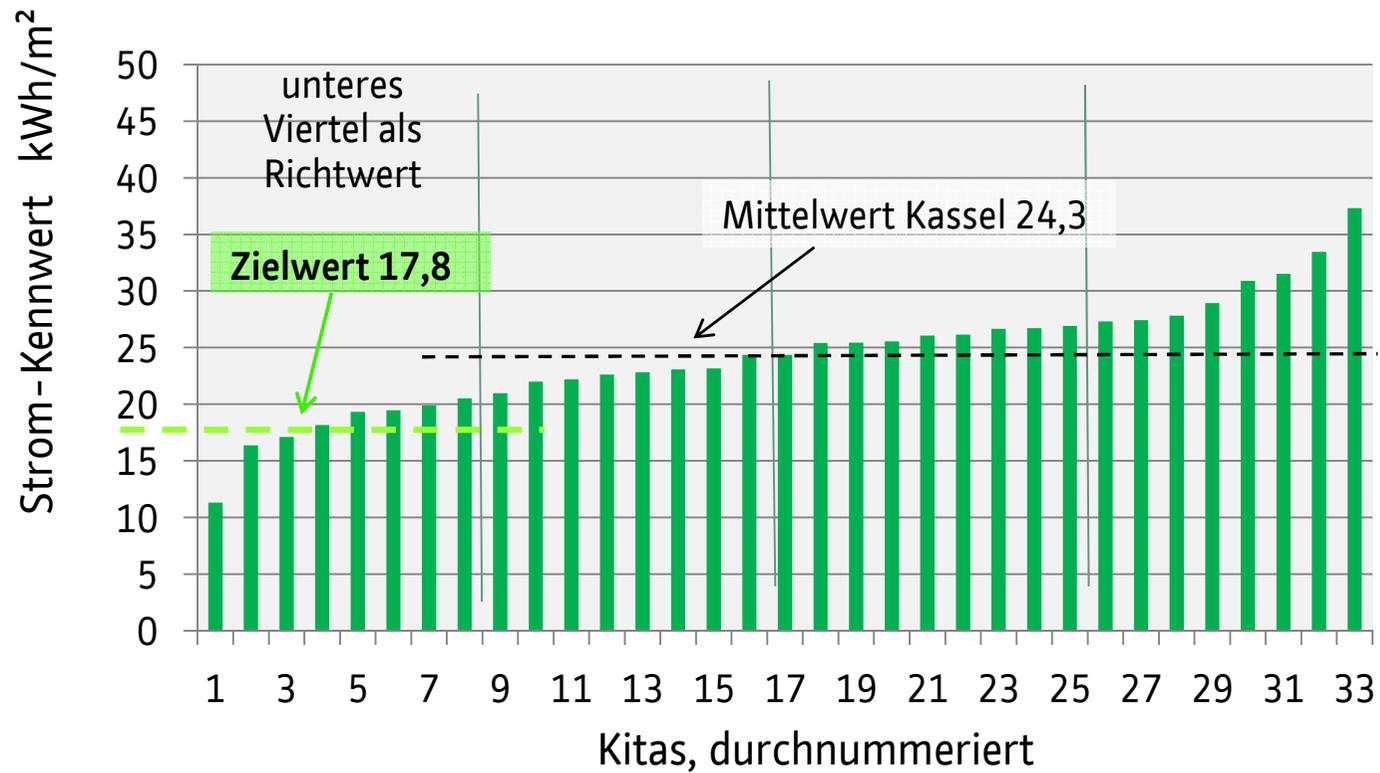
Verbräuche



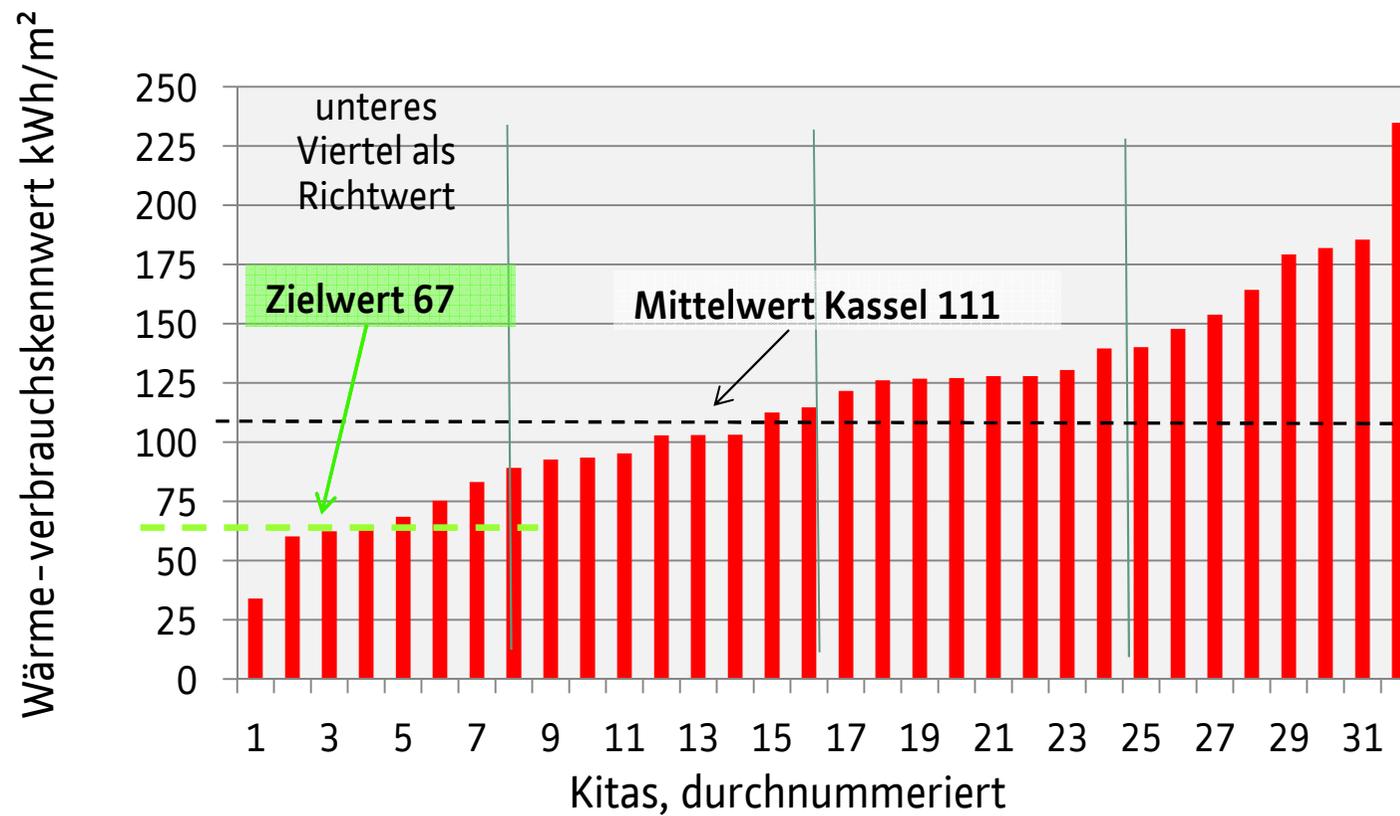
Beispiel für
einen

Jahresenergie-
bericht

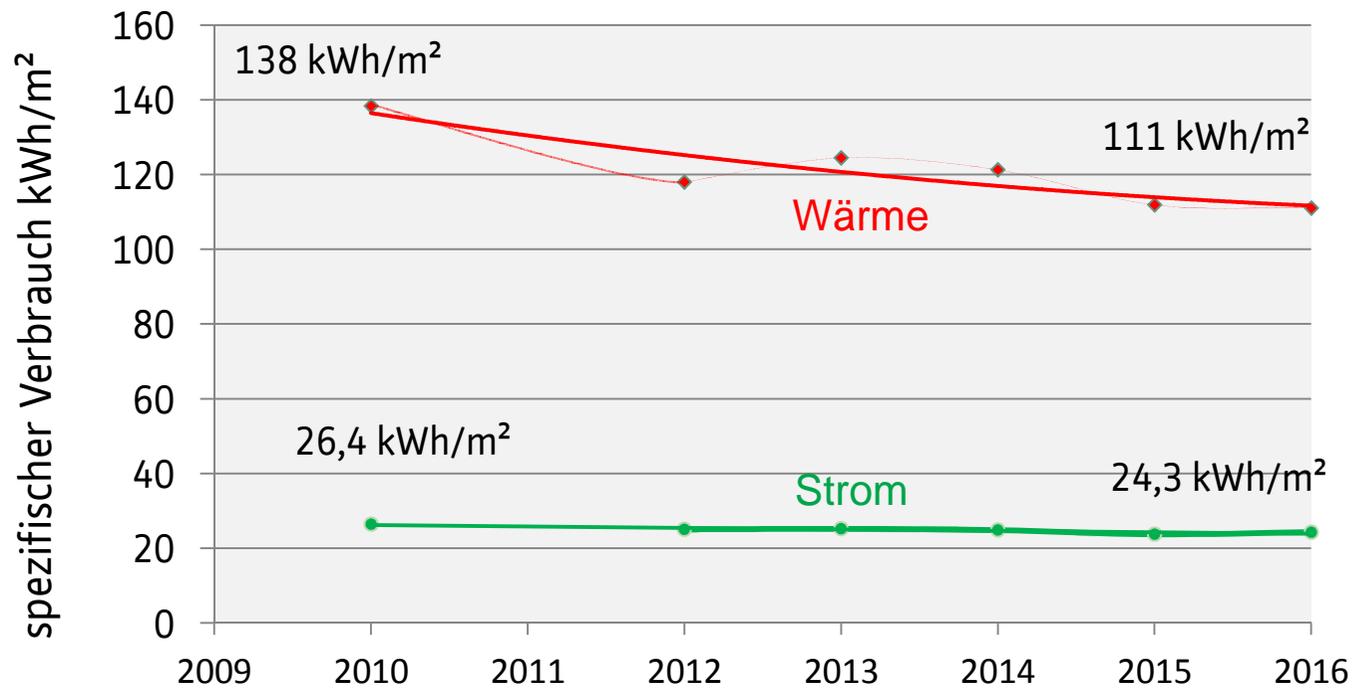
Strom-Verbrauchskennwerte der Kitas 2016 (sortiert, mit Vergleichswerten)



Wärme-Verbrauchskennwerte der Kitas 2016 (sortiert, mit Vergleichswerten)



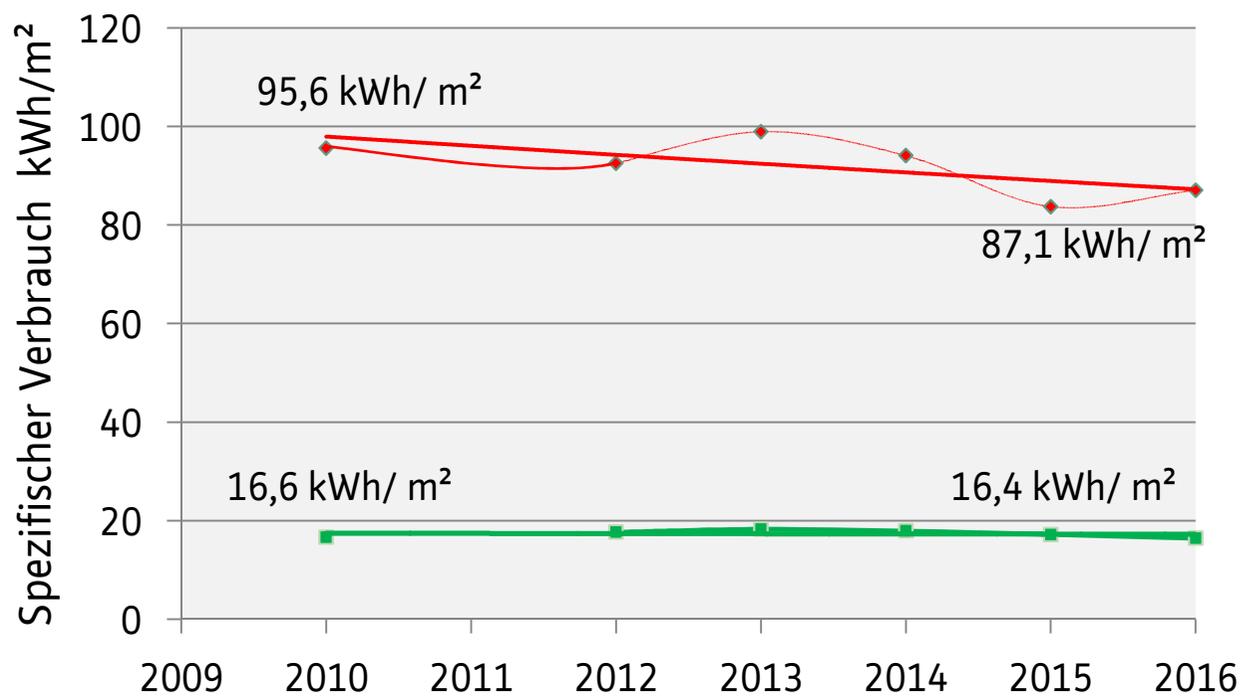
Entwicklung des spezifischen Energieverbrauchs der städtischen Kitas



Wärme:
-20%

Strom:
-8%

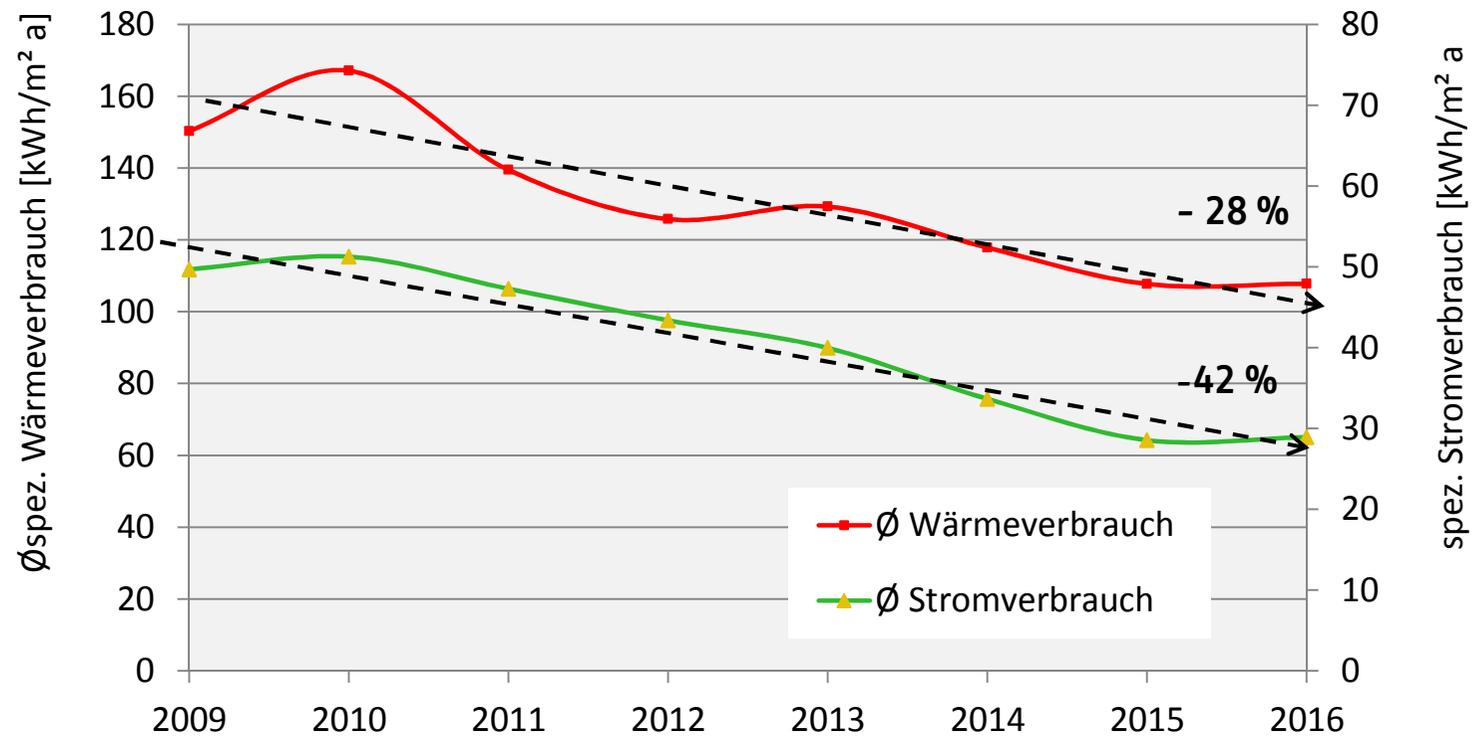
Entwicklung des spezifischen Energieverbrauchs der weiterführenden Schulen



Wärme:
-9 %

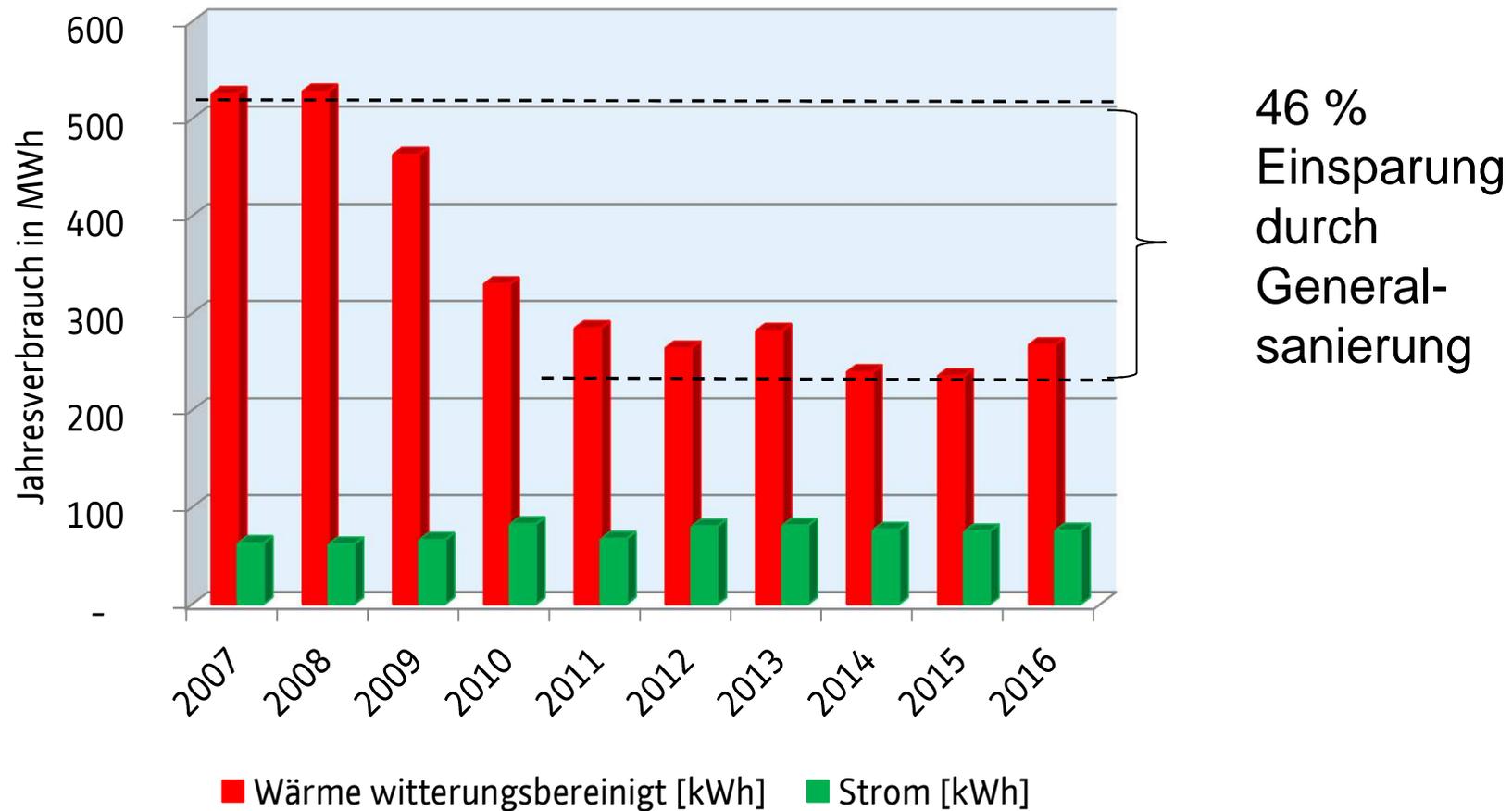
Strom:
- 1,2 %

Entwicklung des Energieverbrauchs in den Sporthallen

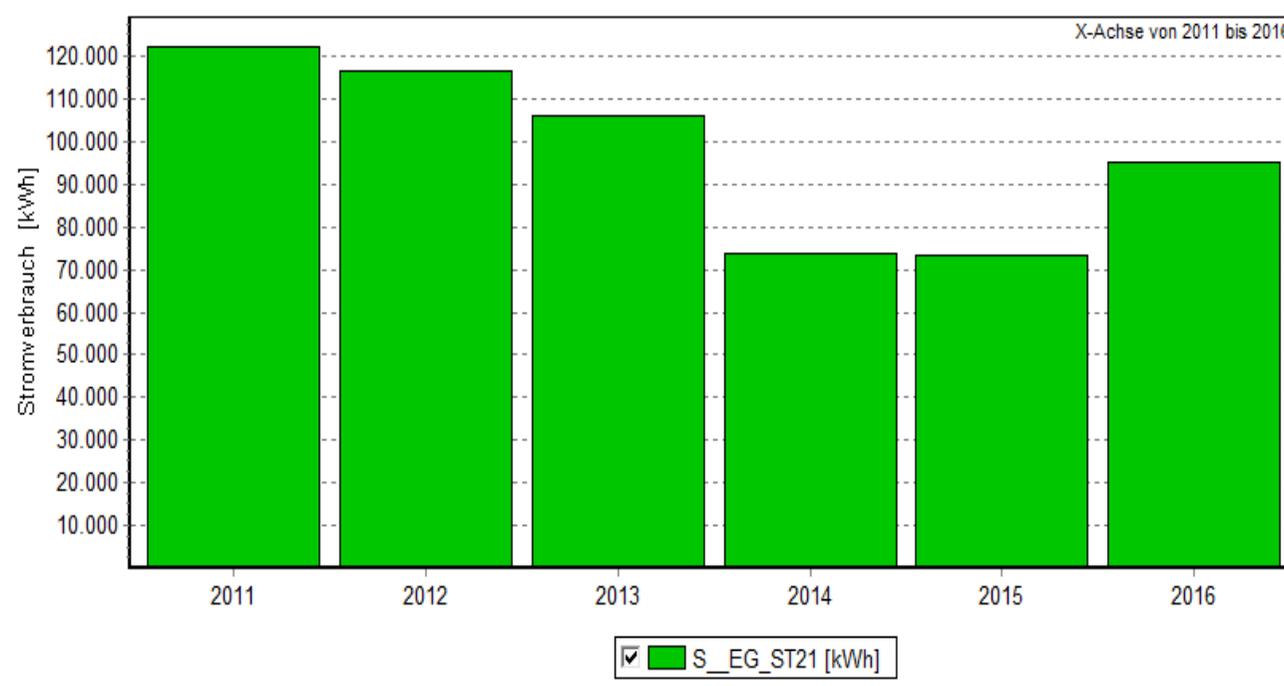


Energetische Sanierungsmaßnahmen, konkrete Beispiele

Sanierung der Martin-Luther-King Schule in 2010/11

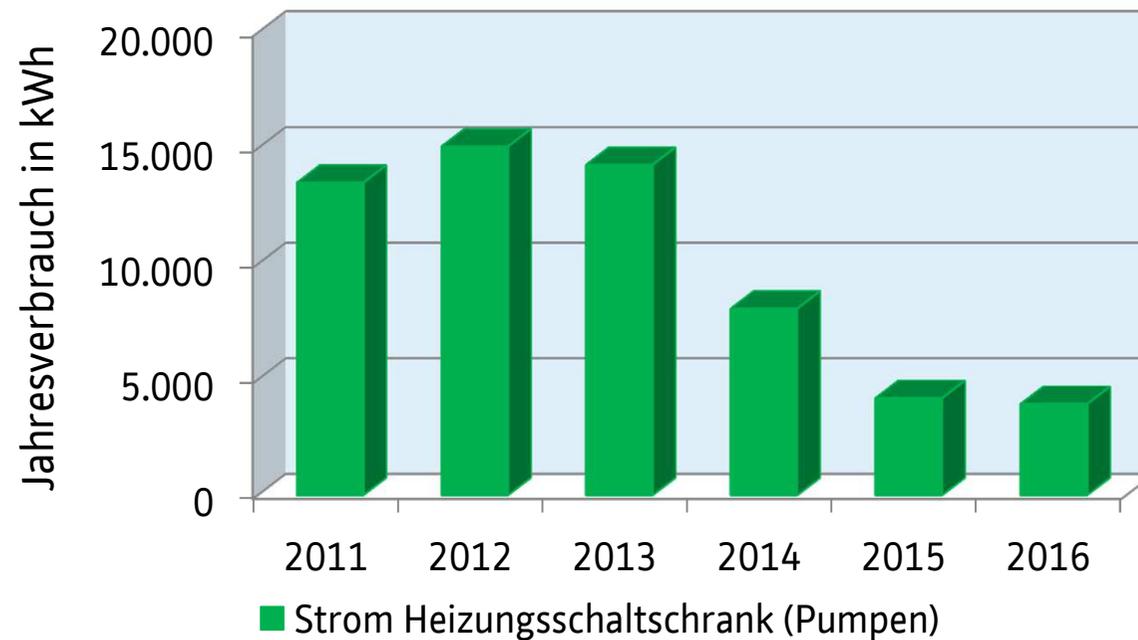


Anpassung der Lüftungsregelung in der Sporthalle Oberzwehren Ende 2013



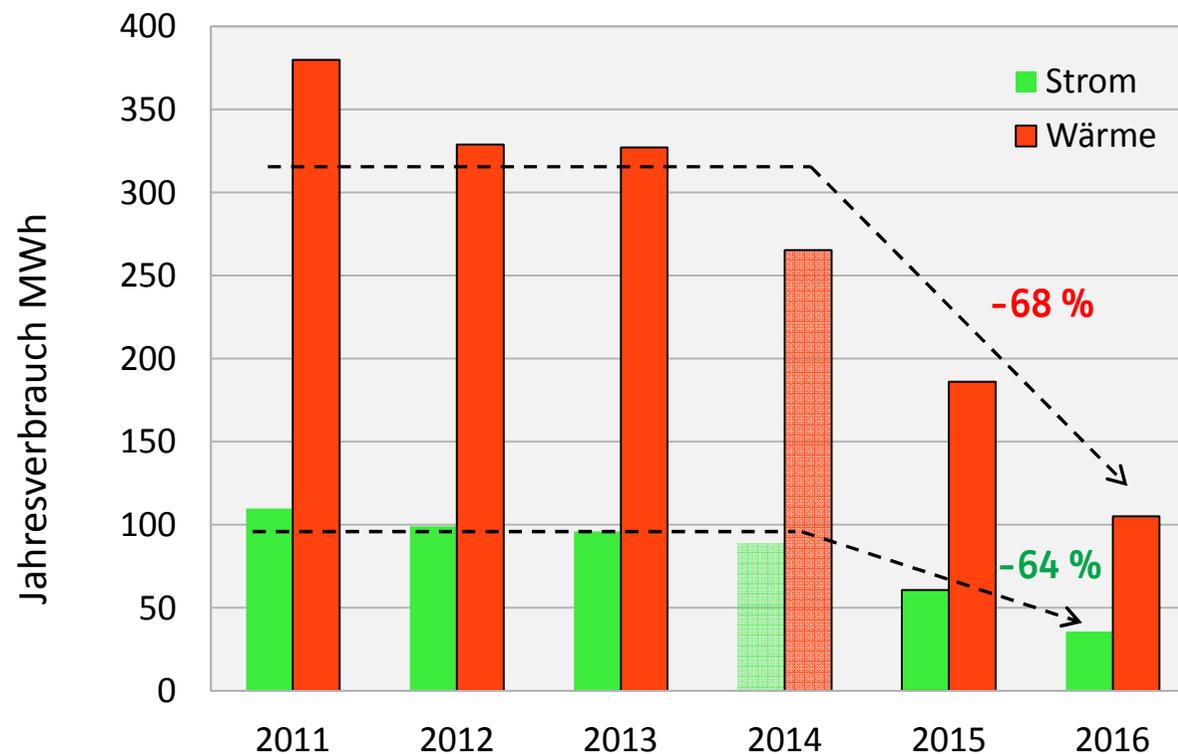
Der Stromverbrauch konnte um ca. 30 Prozent reduziert werden durch Änderung der Programmierung

Ersatz der alten Heizungspumpen und hydraulischer Abgleich in der Losseschule in 2014



Stromeinsparung von > 70% durch Tausch der Pumpen gegen Hocheffizienzpumpen und hydraulischem Abgleich mit automatischen Ventilen.

Energetische Sanierung der Emil-Junghenn-Halle in 2015



Einsparung
Strom:
14.160 €/a

Einsparung
Wärme:
21.190 €/a

Einsparung
CO₂:
29,5 t/a
(nur Wärme)

Ausblick: geplante Maßnahmen

bis 2020: Kommunales Investitionsprogramm (KIP)

energetische Sanierungen in 16 Liegenschaften

Zu	Bezeichnung	Budget
Rathaus	Sanierung Karlsstraße 1. BA - BUND	7.700.000,00 €
Brückenhof-Liegenschaft	Sanierung / U3 - BUND	1.270.000,00 €
Waldau-Schule	Energetische Sanierung - BUND	2.807.000,00 €
Goethe-Gymnasium 1	Energetische Sanierung Dach u. Fassade - BUND	710.000,00 €
Goethe-Gymnasium 2	Generalsanierung - BUND/KOFI	3.746.000,00 €
Wilhelmsgymnasium	Energetische Sanierung - BUND	625.000,00 €
Berufsschulzentrum 1 Nord	Energetische Sanierung GT I, Sonnenschutz GT G - ...	1.493.000,00 €
Berufsschulzentrum 1 Nord	Flachdachsanierung, Beleuchtung - BUND	960.000,00 €
Carl-Schomburg-Liegenschaft	Dachsanierung - BUND	300.000,00 €
Offene-Schule-Waldau-Liegenschaft	Flachdachsanierung - BUND	1.480.000,00 €
Heinrich-Schütz-Schule	Aula/Turnhalle Dach und Schule Fenster - BUND	220.000,00 €
Joseph-von-Eichendorff-Liegenschaft	Energetische Sanierung - BUND	1.940.000,00 €
Johann-Amos-Comenius-Liegenschaft	Energetische Sanierung - BUND	1.100.000,00 €
Gabelsbergerstraße-Sporthalle	Energetische Sanierung - BUND	800.000,00 €
Königstor-Sporthalle	Energetische Sanierung - BUND	2.800.000,00 €
Olof-Palme-Haus	Energetische Sanierung - BUND	915.000,00 €
		28.866.000,00 €

zusätzlich: energetische Sanierung der Aueparkhalle aus Haushaltsmitteln

Das KIP-Programm stellt einen der Tätigkeitsbereiche des Energiemanagements dar

Insgesamt gibt es **3 wesentliche Tätigkeitsbereiche** des Energiemanagements:

- Controlling: Prüfung und Analyse der Energiewerte
Feststellen von Handlungsbedarf, Energieausweise
 - organisatorische und technische Effizienzmaßnahmen:
Erstellen und kommunizieren der Energieberichte,
Hausmeisterschulung, Anpassung Regelungstechnik ,
Verbesserung Anlagentechnik, bessere u. effizientere
Gebäudenutzung
 - Begleitung von umfassenden baulichen u. technischen Sanierungen: EnEV, Förderanträge, Abschätzungen v. Einsparpotentialen etc.
-

Energiebericht der städtischen Gebäude

2016

Dezernat -VI-

Verkehr, Umwelt, Stadtentwicklung und Bauen

Hochbau und Gebäudebewirtschaftung

B. Kremer, Dr. M. Hellmann



Vorlage Nr. 101.18.468

6. Februar 2017
1 von 1

Stadtluftuhr als Stickstoffdioxid-Anzeiger in Kassel

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Während die Feinstaubbelastungen in Kassel in den letzten Jahren zurückgegangen sind, werden die erlaubten Jahresmittel-Grenzwerte der Stickstoffoxide deutlich überschritten.

Stickstoffoxide belasten die Atemwege und können zu Husten, Atemnot und Bronchitis führen. Durch diese Effekte kann die Anfälligkeit für Allergien zunehmen, auch das Herz-Kreislauf-Erkrankungsrisiko und Lungenkrebs steigt.

Da Luftschadstoffe nicht sichtbar und Grenzwerte oft abstrakt und schwer greifbar sind, bitten wir den Magistrat zu prüfen, ob die Aufstellung einer „Stadtluftuhr“ an einem zentralen Verkehrsknotenpunkt möglich ist, die die Grenzwertüberschreitungen bei NO_x anzeigt. Wenn die Stadtluftanzeige beispielsweise von der Farbe Grün zu Rot wechselt, ist zu viel des Schadstoffs in der Luft. Alle 30 Minuten wird die Farbe an die aktuellen Messwerte angepasst.

Durch diese Installation soll auf eindrücklicher Weise verdeutlicht werden, dass die Gefahren real sind und die Bevölkerung für die Problematik sensibilisiert werden.

Der Magistrat soll ebenso prüfen, ob durch Zuschüsse des Bundes und des Landes und/oder Sponsoren die „Stadtluftuhr“ finanziert werden kann.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Harry Völler

gez. Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.504

13. März 2017
1 von 1

Mieterstrom-Modelle vorbereiten

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit der GWG ein Konzept zur Umsetzung von Mieterstrommodellen im Wohnungsbestand zu erarbeiten. Dazu sollen die gesetzlichen Neuregelungen, die die Bundesregierung angekündigt hat, frühzeitig bewertet und einbezogen werden. Die Teilnahme an der Konzepterstellung und die Nutzung des Konzepts soll für weitere Wohnungsgesellschaften möglich sein.

Begründung:

Die Bundesregierung hat noch für diese Legislaturperiode eine Gesetzesnovelle angekündigt, die die Einführung von Mieterstrom-Modellen vereinfacht. Um eine frühzeitige Nutzung der künftigen Möglichkeiten zum Wohle der Mieter zu erreichen, sollte jetzt der Planungs- und Konzeptionsprozess starten.

Da das Ergebnis des Konzepts in Teilen sicher übertragbar auf andere Gesellschaften ist, soll das Ergebnis auch von anderen Wohnungsgesellschaften genutzt werden können. Dabei soll insbesondere eine Zusammenarbeit mit den weiteren öffentlichen und genossenschaftlichen Gesellschaften angestrebt werden, um den Nutzen des Konzepts zu steigern.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Volker Berkhout

gez. Dr. Bernd Hoppe
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.505

13. März 2017
1 von 1

Fördermittel zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Hat sich die Stadt Kassel oder haben sich Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist um Fördermittel gemäß der Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland beworben?
2. Falls ja, wofür wurden die Mittel beantragt und in welcher Höhe?
3. Wie ist der aktuelle Status der Bewerbung?
4. Falls nein, beabsichtigen die Stadt Kassel oder Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, sich um Mittel aus dem Förderprogramm zu bewerben?
5. Für wann ist eine Antragsstellung geplant?
6. Welche weiteren laufenden Arbeiten zum Ausbau der Elektromobilität gibt es in Kassel?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Volker Berkhout

gez. Dr. Bernd Hoppe
Fraktionsvorsitzender

Anlage zu TOP 5

Straßenverkehrs- und Tiefbauamt
- 66 -

Kassel, 13. April 2017
Frau Ehrenfried
Tel.: 61 60

- VI -

Dezernat VI	
Eing.:	13. April 2017
Anl.:	<i>[Handwritten Signature]</i>

Stadtverordneten-Versammlung Kassel	
Eing.	07. JUNI 2017

Anfrage der Fraktion FREIE WÄHLER + PIRATEN zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Berichterstatter: Stadtverordneter Volker Berkhout; Vorlage-Nr.: 101.18.505

Fördermittel zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge

„Wir fragen den Magistrat:

1. Hat sich die Stadt Kassel oder haben sich Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist um Fördermittel gemäß der Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland beworben?
2. Falls ja, wofür wurden die Mittel beantragt und in welcher Höhe?
3. Wie ist der aktuelle Status der Bewerbung?
4. Falls nein, beabsichtigen die Stadt Kassel oder Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, sich um Mittel aus dem Förderprogramm zu bewerben?
5. Für wann ist eine Antragsstellung geplant?
6. Welche weiteren laufenden Arbeiten zum Ausbau der Elektromobilität gibt es in Kassel?“

Stellungnahme:

Die Städtische Werke AG nimmt hierzu folgendermaßen Stellung:

Zu 1-5.:

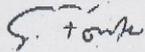
„Die Städtische Werke AG hat sich in dem ersten Abruf nicht um Fördermittel aus dem Ladeinfrastrukturprogramm beworben. Da das Förderprogramm auf eine Laufzeit von 4 Jahren ausgelegt ist und die Förderbedingungen je nach Call variieren werden, ist es möglich, dass sich die Städtische Werke AG im Rahmen der Laufzeit um Fördermittel bewerben wird. Über einen genauen Zeitpunkt kann noch keine Aussage getroffen werden. Die Städtische Werke AG und die KVG prüfen derzeit verschiedene Förderprogramme der zuständigen Bundes- und Landesministerien hinsichtlich der Umsetzung weiterer Projekte in Kassel.“

Zu 6.:

„Im Rahmen verschiedener Förderprojekte wurden von der Städtische Werke AG insgesamt 13 öffentliche Ladesäulen in Kassel aufgebaut. Zudem wurde ein Carsharing-System mit E-Fahrzeugen betrieben, von denen inzwischen zwei am Standort Königstor vom Carsharing-Anbieter „Scouter“ dauerhaft betrieben werden. Von 04/2013-04/2015 wurde für zwei Jahre ein Elektrobus auf verschiedenen Linien der KVG betrieben.“

Derzeit laufen Gespräche mit der documenta GmbH und VW zum Betrieb von zusätzlichen Ladesäulen und E-Pkw während der documenta 14. Die Städtische Werke AG befindet sich zudem in intensiven Gesprächen mit der ECE Projektmanagement GmbH & Co. KG zum Aufbau einer Ladesäule auf dem Parkplatz des DEZ-Einkaufsmarktes.

Die Städtische Werke AG bietet ihre Dienstleistungen im Rahmen des Aufbaues und Betriebes von Ladesäulen sowohl Hotels und Firmen in Kassel als auch Kommunen und Stadtwerken aus der Region an.“



Dr. Georg Förster

Vorlage Nr. 101.18.506

13. März 2017
1 von 1

Luftreinhaltung durch Autogas- und Erdgasfahrzeuge

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie beurteilt der Magistrat die Emissionen von LPG- und CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Benzin- und Diesel?
2. Welchen Beitrag leisten LPG- und CNG-Fahrzeuge zur Luftreinhaltung in Kassel?
3. Wie beurteilt der Magistrat die Emissionen von LPG- und CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Elektrofahrzeugen?
4. Wie beurteilt der Magistrat die Investitionskosten von LPG- und CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Elektrofahrzeugen?
5. Wie beurteilt der Magistrat den Anteil der regionale Wertschöpfung bei CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Diesel- oder Benzinern?
6. Wie viele LPG- und CNG-Fahrzeuge sind bei der Stadt im Einsatz?
7. Welche Erfahrungen hat die Stadt mit LPG- und CNG-Fahrzeugen gemacht?
8. Welche Rolle spielt die Treibstoffart bei der Beschaffung von Fahrzeugen?
9. Wann wurde zum letzten Mal ein CNG- oder LPG-Fahrzeug beschafft?
10. Führt eine voraussichtliche Verlängerung der Energiesteuermäßigung durch das Energie- und des Stromsteuergesetzes zu einer Neubewertung von CNG-Fahrzeugen für das Beschaffungsverhaltens der Stadt?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Volker Berkhout

gez. Dr. Bernd Hoppe
Fraktionsvorsitzender

Kassel, 12. April 2017
Herr Henke, ☎ 30 49

- VI -

Do



Ausschuss für Umwelt und Energie am 18. April 2017
Anfrage der Fraktion FREIE WÄHLER + PIRATEN
„Luftreinhaltung durch Autogas- und Erdgasfahrzeuge“
Vorlage Nr. 101.18.506

Die Anfrage lautet:

„Wir fragen den Magistrat:

1. Wie beurteilt der Magistrat die Emissionen von LPG- und CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Benzin- und Diesel?
2. Welchen Beitrag leisten LPG- und CNG-Fahrzeuge zur Luftreinhaltung in Kassel?
3. Wie beurteilt der Magistrat die Emissionen von LPG- und CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Elektrofahrzeugen?
4. Wie beurteilt der Magistrat die Investitionskosten von LPG- und CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Elektrofahrzeugen?
5. Wie beurteilt der Magistrat den Anteil der regionale Wertschöpfung bei CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Diesel- oder Benzinern?
6. Wie viele LPG- und CNG-Fahrzeuge sind bei der Stadt im Einsatz?
7. Welche Erfahrungen hat die Stadt mit LPG- und CNG-Fahrzeugen gemacht?
8. Welche Rolle spielt die Treibstoffart bei der Beschaffung von Fahrzeugen?
9. Wann wurde zum letzten Mal ein CNG- oder LPG-Fahrzeug beschafft?
10. Führt eine voraussichtliche Verlängerung der Energiesteuermäßigung durch das Energie- und des Stromsteuergesetzes zu einer Neubewertung von CNG-Fahrzeugen für das Beschaffungsverhaltens der Stadt?“

Stellungnahme:

Vorbemerkung:

Die Fahrzeugbeschaffung erfolgt bei der Stadt Kassel dezentral, jedes Amt beschafft seine Fahrzeuge selbst. Daher können die Fragen nur allgemein bzw. stichprobenartig beantwortet werden.

Zu 1. Wie beurteilt der Magistrat die Emissionen von LPG- und CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Benzin- und Diesel?

Das Emissionsverhalten ist in dieser Reihenfolge am günstigsten:

CNG (Compressed Natural Gas, komprimiertes Erdgas)
LPG (Liquefied Petroleum Gas, Flüssiggas oder Autogas)
Benzin
Diesel

Zu 2. Welchen Beitrag leisten LPG- und CNG-Fahrzeuge zur Luftreinhaltung in Kassel?

Der Anteil der Gas-PKW im Stadtgebiet beträgt etwa 1,4 %. Von daher sind die Auswirkungen dieser Fahrzeuge auf die Luftreinhaltung in Kassel zu vernachlässigen.

Zu 3. Wie beurteilt der Magistrat die Emissionen von LPG- und CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Elektrofahrzeugen?

Es gibt keine motorbedingten Emissionen von Elektrofahrzeugen vor Ort. Zu berücksichtigen sind jedoch die Emissionen bei der Stromerzeugung. Mit der weiteren Umstellung des Kraftwerkparks auf regenerative Energien werden diese weiter sinken. Die aufwirbelungsbedingten Feinstaubemissionen sind unabhängig von der Kraftstoffart.

Zu 4. Wie beurteilt der Magistrat die Investitionskosten von LPG- und CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Elektrofahrzeugen?

Allgemein kann man feststellen, dass die Anschaffungskosten von Elektrofahrzeugen gegenüber LPG- und CNG-Fahrzeugen höher sind. Beispielsweise ist ein Elektro UP! annähernd doppelt so teuer wie ein Erdgashybridfahrzeug (25.000 € statt 13.000 €). Aufgrund der günstigen Eigenstromproduktion durch die Verstromung des Faulgases wird bei KASSELWASSER die Anschaffungs Differenz über den Laufzeitzyklus wettgemacht.

Zu 5. Wie beurteilt der Magistrat den Anteil der regionalen Wertschöpfung bei CNG-Fahrzeugen im Vergleich zu Diesel- oder Benzinern?

Durch die Einspeisung von Biogas in das Erdgasnetz ist eine regionale Wertschöpfung möglich. Dieses ist zu begrüßen, über die Menge liegt uns keine Information vor. Von KASSELWASSER werden im PKW Bereich derzeit nur Fahrzeuge mit 100% Elektroantrieb beschafft. Die Tankstelle ist die Steckdose auf dem Gelände des Zentralkläwerks. Das VW-Werk in Baunatal ist das zentrale Elektromotorenwerk des VW-Konzerns. Insofern kann auch hier von einer regionalen Wertschöpfung gesprochen werden.

Zu 6. Wie viele LPG- und CNG-Fahrzeuge sind bei der Stadt im Einsatz?

Hierzu kann wie in der Vorbemerkung ausgeführt keine abschließende Antwort erfolgen. Bei den Stadtreinigern, dem Straßenverkehrs- und Tiefbauamt sowie dem Umwelt- und Gartenamt werden 6 CNG und 2 LPG Fahrzeuge genutzt.

Zu 7. Welche Erfahrungen hat die Stadt mit LPG- und CNG-Fahrzeugen gemacht?

Es wurden gute Erfahrungen mit den Erdgasfahrzeugen gemacht. Es waren keine erhöhten Fahrzeugausfälle oder ähnliches zu verzeichnen.

Obwohl es in Kassel nur noch eine Tankstelle für Erdgas gibt, stellt dies lediglich eine kleine Einschränkung bei der Flexibilität dar. Bei einigen CNG Fahrzeugen gab es Rückrufaktionen wegen rostender Gastanks, wobei die Kosten vom Hersteller nur teilweise übernommen wurden. Bei (seltenen) Dienstfahrten mit größeren Entfernungen muss im Vorfeld geklärt werden, wo das entsprechende Gas getankt werden kann. Die Betankung ist etwas aufwendiger als bei Benzin / Diesel.

Zu 8. Welche Rolle spielt die Treibstoffart bei der Beschaffung von Fahrzeugen?

Bei der Beschaffung von Fahrzeugen spielen die Investitionskosten und die Umweltgesichtspunkte eine große Rolle. Für LKW kommt z.Z. nur der Dieselantrieb in Frage. Bei Transportern verschwinden momentan die Angebote an Gas-Antrieben mangels Nachfrage langsam vom Markt und Elektro-Antriebe für diese Fahrzeuge sind noch in der Entwicklungsphase. Grundsätzlich bestimmt die Antriebsart den Beschaffungspreis: Benziner sind am günstigsten (PKW), gefolgt von Diesel, Gas und Elektro.

Zu 9. Wann wurde zum letzten Mal ein CNG- oder LPG-Fahrzeug beschafft?

2014 wurden bei den genannten Ämtern 2 CNG-PKW und 1 LPG-Transporter beschafft.

Zu 10. Führt eine voraussichtliche Verlängerung der Energiesteuermäßigung durch das Energie- und des Stromsteuergesetzes zu einer Neubewertung von CNG-Fahrzeugen für das Beschaffungsverhalten der Stadt?"

Da bei der Beschaffung von Gas- und Elektrofahrzeugen Umweltgesichtspunkte verbunden mit einer Vorbildwirkung der Stadt Kassel neben Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen eine wichtige Rolle spielen, haben die genannten Gesetzesvorhaben nur geringe Auswirkungen. KASSELWASSER wird aufgrund der Verstromung des eigenen Klärgases für die Fahrzeuge aus dem Fahrzeugpool und für kleinere Nutzfahrzeuge bei der elektrischen Antriebstechnik bleiben.

Vom Umwelt- und Gartenamt werden noch in diesem Jahr zwei (bezuschusste) Elektro UPs beschafft.

Dr. Anja Starick

Vorlage Nr. 101.18.507

13. März 2017
1 von 1

Phosphorrückgewinnung

Anfrage

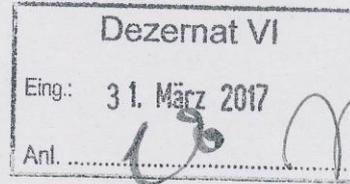
zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche technischen Maßnahmen werden bei KasselWasser zur Rückgewinnung des Phosphors aus Abwässern und Klärschlamm eingesetzt?
2. Ergeben sich aus der Neuordnung der Klärschlammverwertung und der Verpflichtung zur Phosphorrückgewinnung Handlungsbedarfe für KasselWasser?
3. Falls ja, welche?
4. Sind dafür Investitionen in neue technische Anlagen erforderlich?
5. Falls ja, in welcher Größenordnung?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Volker Berkhout

gez. Dr. Bernd Hoppe
Fraktionsvorsitzender



**Anfrage der Fraktion Freie Wähler + Piraten vom 13.03.2017 zur Phosphorrückgewinnung
Vorlage Nr. 101.18.507**

Mitte Januar 2017 hat das Bundeskabinett die Neufassung der Klärschlammverordnung beschlossen. Diese sieht die verpflichtende Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm vor. Für Abwasserbehandlungsanlagen mit einer Ausbaugröße größer 100.000 Einwohnerwerten, dazu gehört das Klärwerk Kassel, muss der Phosphor nach 10 Jahren aus dem Klärschlamm selbst oder aus Klärschlammverbrennungsaschen zurückgewonnen werden. Der Kabinettsentwurf bedarf noch der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat.

zu Frage 1: „Welche technischen Maßnahmen werden bei KASSELWASSER zur Rückgewinnung des Phosphors aus Abwässern und Klärschlamm eingesetzt?“

Bisher werden keine technischen Maßnahmen zur Rückgewinnung von Phosphor eingesetzt. Die Verfahren zur Phosphorrückgewinnung entsprechen dem Stand der Wissenschaft, teilweise auf dem Stand der Technik und können derzeit nicht wirtschaftlich betrieben werden.

zu Frage 2: „Ergeben sich aus der Neuordnung der Klärschlammverwertung und der Verpflichtung zur Phosphorrückgewinnung Handlungsbedarfe für KASSELWASSER?“

KASSELWASSER muss nach dem derzeitigen Entwurf der Klärschlammverordnung voraussichtlich bis Januar 2027 die Phosphorrückgewinnung sicherstellen.

zu Frage 3: „Falls ja, welche?“

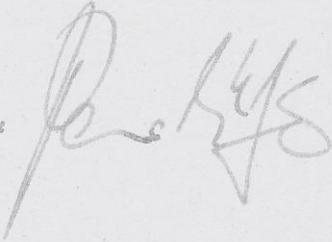
Die unterschiedlichen Verfahren und Entsorgungswege werden derzeit geprüft. Eine Monoverbrennungsanlage nur für den Kasseler Klärschlamm ist nach heutigen Erfahrungswerten wirtschaftlich nicht zu betreiben.

zu Frage 4: „Sind dafür Investitionen in neue technische Anlagen erforderlich?“

Es sind entweder Investitionen für den Bau einer Monoverbrennungsanlage oder höhere Betriebskosten für die Entsorgung des Klärschlammes durch Dritte zu erwarten.

zu Frage 5: „Falls ja, in welcher Größenordnung?“

Die Größenordnungen sind noch nicht bekannt.

i.A. 

Vorlage Nr. 101.18.544

9. Mai 2017
1 von 1

Identifikationssystem für Abfallbehälter aufgeben

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die geplante Beschaffung und Einführung eines Identifikationssystems für Abfallbehälter durch den Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger“ aufzugeben und nicht weiter zu verfolgen, da die Kosten für Beschaffung, Einführung und Betrieb in keiner vernünftigen Relation zum vermuteten wirtschaftlichen Nutzen stehen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen über die Abfallgebühren nicht weiter belastet werden.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Michael von Rügen
Fraktionsvorsitzender